

Die Mafia bestimmte die Visavergabe

Schwierigkeiten an der Botschaft Kiew schon vor Rot-Grün

von Peter Müller



Wartende vor der Visa-Stelle
deutschen Botschaft in Kiew,
Februar 2005
Foto: AP

Es sollte der Grundsatz gelten: "Im Zweifel für den Antragsteller". Was sich wie eine Zeile aus dem durch die Visa-Affäre zur Berühmtheit gelangten Vollmer-Erlaß liest, stammt aus einer Weisung des Auswärtigen Amtes vom 2. Mai 1994. Damals war Helmut Kohl Kanzler und Klaus Kinkel Außenminister.

Diese Weisung ("VS - Nur für den Dienstgebrauch"), die der "Welt am Sonntag" vorliegt, hatte im Visa-Untersuchungsausschuß am vergangenen Donnerstag für großen Unmut unter den Vertretern der Opposition gesorgt. Der ehemalige Leiter der Visum-Abteilung, Nikolai von Schoepff, der von 1993 bis 1996 in Kiew arbeitete, hatte ihn bei seiner Vernehmung aus der Tasche gezogen. Der Erlaß und die Schilderungen von Schoepffs sind für SPD und Grüne der Beweis, daß die Zustände schon während der

Vorgängerregierung katastrophal waren.

Schoepff berichtete, daß es zu seiner Zeit "unzweifelhaft zu Visa-Erschleichungen" gekommen sei. Die Arbeitsbedingungen für die Visum-Abteilung seien mit 19 Quadratmetern für zehn Arbeitsplätze unerträglich gewesen. Die Treppe zu einer Visumstelle für Aussiedler sei von Kot bedeckt gewesen.

Die Union versuchte die Aussage von Schoepffs herunterzuspielen. Von Schoepff habe "in ihn überfordernden Verhältnissen in einer schwierigen Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges in Kiew gearbeitet", sagte der Obmann der CDU/CSU im Ausschuß, Eckart von Klaeden.

Doch interne Dokumente bestätigen die Version von Schoepffs, der als CSU-Mitglied der Parteinahme für Rot-Grün ohnehin eher unverdächtig ist. Wie aus einem Vermerk vom April 1996 hervorgeht, waren Visa-Probleme bereits bei den deutsch-ukrainischen Konsularkonsultationen Thema. "Die ukrainische Mafia schaltet sich in aller Öffentlichkeit in das Visum-Antragsverfahren ein und verdient daran kräftig", heißt es darin. Das Dokument bestätigt zudem, daß die Zahl der Visumanträge unter Kohl/Kinkel ebenfalls bei rund 200 000 im Jahr lag. Das entspricht, mit Ausnahme des Jahres 2001, in etwa den unter Rot-Grün in Kiew vergebenen Visa.

Auch Außenminister Joschka Fischer hatte sich bei seiner Aussage Ende April indirekt auf den nunmehr im Wortlaut bekannt gewordenen Erlaß bezogen. Fischer hatte aus einem Kabelschreiben von Schoepffs zitiert, in dem dieser die Zentrale in Berlin fragte, "ob die auf Wunsch des Auswärtigen Amtes praktizierte liberalere Visapolitik (...) sich in einer Erhöhung der Asylanträge von Touristen aus der Ukraine widerspiegelt".

Artikel erschienen am 15. Mai 2005

[Artikel drucken](#)

© WAMS.de 1995 - 2005